

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 27 (1986)
Heft: 23

Artikel: AKW im Sowjetumfeld : ein ehemaliger Moskauer Ökologe über die sowjetische Energiewirtschaft zwischen GAU und Gift
Autor: Wolfson, Zeev
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093493>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein ehemaliger Moskauer Ökologe
über die sowjetische Energiewirtschaft zwischen GAU und Gift

AKW im Sowjetumfeld

In Tschernobyl sind die beiden nicht beschädigten Reaktoren jetzt wieder in Betrieb genommen worden; es geht weiter mit dem gleichen Typus. Hier berichtet Zeev (Sejew) Wolfson, bis 1981 ein sowjetischer Ökologe, über die Kernenergie in der Sowjetunion. Dort ist es schon vor Tschernobyl zu mehreren AKW-Unfällen gekommen. Verschwiegen

werden ferner die Strahlungsoffer der sowjetischen Atomunterseeboot-Bemannungen.

Die folgenden Ausschnitte stammen aus einem Beitrag, den die Vierteljahrszeitschrift «Kontinent» (Original russisch), deren deutsche Ausgabe in Bonn erscheint, in Nr. 4/1986 veröffentlicht hat.

Um eine Vorstellung davon zu erhalten, welche Gefahren der Umwelt und der Bevölkerung von seiten der Kernkraftwerke drohen, ist daran zu erinnern, dass sowohl der erste in Obninsk gebaute Reaktor als auch viele der anschliessend in der Sowjetunion installierten Reaktoren graphitmoderierte Siedewasserreaktoren sind, deren wichtigsten Vorzug sowjetische Experten einhellig in der einfachen Bauweise sehen. Das heisst, diese Reaktoren können in gewöhnlichen Maschinenbaubetrieben hergestellt werden. Zugleich betonen die sowjetischen Experten, dass an die Ausrüstung sowohl dieses als auch aller anderen Reaktortypen

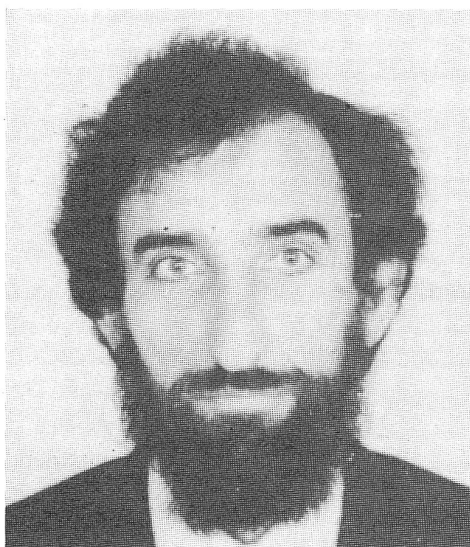
höchste «nukleare» Qualitätsansprüche gestellt würden.

Graphitmoderierte Reaktoren stehen in den grössten sowjetischen AKW in Leningrad, Smolensk, Tschernobyl, Kursk und Ignalina. In Ignalina, 300 km von der Westgrenze der Sowjetunion entfernt, arbeiten bereits zwei Reaktoren mit einer Leistung von 1500 Megawatt, und bis 1990 sollen weitere zwei Reaktoren dieses Typs in Betrieb genommen werden. Dann wird das AKW in Ignalina das grösste der Welt sein und zugleich die grösste Konzentration von Kernbrennstoffen darstellen.

Seit Ende der 70er Jahre gelangen in der Sowjetunion immer mehr Druckwasserreaktoren zur Anwendung, deren Herstellung selbst in solchen Musterbetrieben wie «Elektrosila» in Leningrad ernste Probleme schafft. Daher wurde für die serienmässige Herstellung solcher Reaktoren das Werk Atommasch in Wolgodonsk am Wolga-Don-Kanal errichtet.

Doch sowohl die Nichteinhaltung der Bau-termine als auch die Produktionsmängel von Atommasch wurden in der sowjetischen Presse wiederholt heftig kritisiert. 1983 begab sich eine Sonderkommission des ZK der KPdSU zur Inspektion in das Werk. Die Ursachen für die Nichteinhaltung der Standards waren in Atom-masch dieselben wie in allen anderen sowjetischen Industriezweigen – unzulängliche Stahlgüte und Präzisionsmängel in der Einzelteilfertigung... dieselben Probleme also wie bei der Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen, Waschmaschinen u. a. Die Kernreaktoren bilden hierin keine Ausnahme.

Eines der Hauptprobleme von Atommasch war die präzise Montage der Bauteile des Reaktors, bei der Abweichungen von nur wenigen Mikrometern zulässig sind. Wiederholt musste aus Präzisionsgründen mit der Montage von vorn begonnen werden, was jeweils einen Zeitverzug von mehreren Monaten bedeutete. Im wesentlichen lag es an Atommasch, dass der Plan für den Bau von AKW bis 1985 nicht erfüllt werden konnte. Um so grösser war dann die Eile, mit der man den Bau jener Reaktoren vorantrieb, die schliesslich dennoch zum Einsatz ge-



Zeev Wolfson, Jahrgang 1944, gelernter Geograph, arbeitete 15 Jahre lang in Moskau und im Gebiet des Kaspischen Meeres als Ökologe. Er veröffentlichte zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten und war Umweltexperte beim sowjetischen Fernsehen. Nur im Westen unter Pseudonym (Boris Komarow) erschienen konnte hingegen sein Buch «Das grosse Sterben am Baikalsee» (Hamburg 1979); in der UdSSR selbst wurde der Text ausschliesslich im Samisdat, im verbotenen Schrifttum, verbreitet. 1981 reiste Wolfson nach Israel aus.

langten, darunter der Reaktor Nr. 4 in Tschernobyl, der Anfang 1983 in Betrieb ging.

In dem Bestreben, den Plan wenigstens teilweise zu erfüllen, drückte die Obrigkeit, wo es nur irgend ging, die Augen zu. Unter derartigen Verhältnissen wurden die Reaktoren in Saporoshje, Kalinin und Kursk fertiggestellt.

Ob nun aus ökologischen oder aus anderen Gründen: Tatsache ist, dass die qualitative Grundausrüstung der AKW immer wieder die Skepsis der Fachleute wachruft und Anlass zu – verschleierter – Kritik in der Presse gibt.

1973 registrierte ein amerikanischer Satellit einen Brand auf dem Atomreaktor in Schewtschenko am Ufer des Kaspischen Meeres.

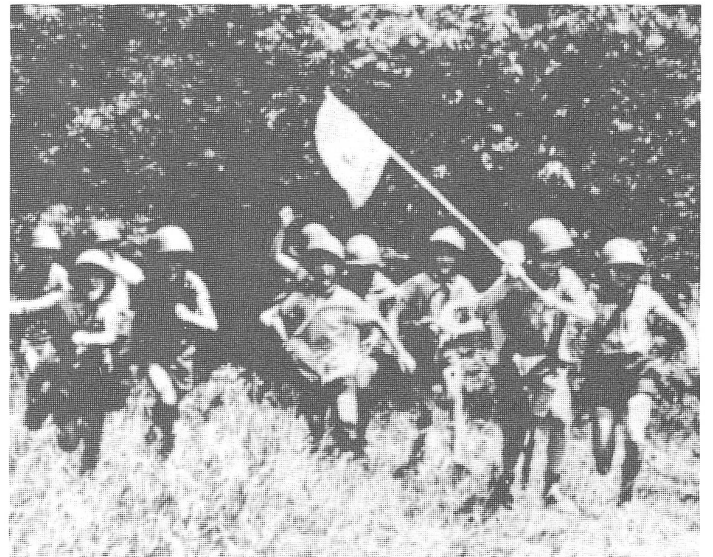
1981 gab es einen ersten Unfall im AKW in Rowno, das 300 Kilometer von Tschernobyl entfernt liegt.

Ein Jahr später teilte der sowjetische Vertreter anlässlich der Versammlung der Europäischen Atomenergiekommission mit, dass in einem nicht näher bezeichneten sowjetischen Kernkraftwerk die Anlage plötzlich zu 70 Prozent ausgefallen sei.

Nicht jeder Reaktorunfall führt zu einem Brand oder zu einer Explosion. Nicht bei jedem Brand muss radioaktive Strahlung austreten. Abgesehen von der geringen Qualität der Ausrüstungen und dem Bestreben, die wenig realistischen Pläne zur Erhöhung des Anteils der «friedlichen Kernkraft» an der Gesamtenergiebilanz des Landes zu erfüllen, gibt es auch noch andere Faktoren, die zu einer anomalen Situation in der Kernenergiegewinnung beitragen.

In der 70er Jahren, als man sich ernsthaft mit der Kernenergie zu befassen begann, wurde

Schulkinder, die man aus der Region von Tschernobyl evakuiert hat, beim Kriegsspiel in einem lettischen Sommerlager.



das Akademiemitglied Styrikowitsch offiziell zum führenden Wissenschaftler auf diesem Gebiet. 1978 habe ich an der Physikalischen Fakultät der Moskauer Staatsuniversität an einem Seminar junger Nachwuchswissenschaftler über Probleme der Umweltbelastung durch Atom Müll teilgenommen. Eingeladen dazu hatte Styrikowitsch, der aber nicht persönlich erschien, sondern sich von zwei jungen Professoren vertreten liess. Der Clou des Seminars war ein Vortrag von Sergej Parschinkow, dem Sekretär der Kommission der Akademie der Wissenschaften für abfallfreie Technologien. Dieser demonstrierte an einem mathematischen Modell, dass die Streuung von Jod und anderen radioaktiven Stoffen, selbst bei einem normalen Betriebsablauf im AKW, die zulässigen Grenzwerte überschreiten werde.

Die «Burschen» von Styrikowitsch hatten Parschinkow nichts zu sagen. Sie kritisierten weder

sein Modell noch seine Methoden, sondern erklärten einfach, dass sie über andere, niedrigere Werte verfügten. Dabei deuteten die jungen Doktoren durch Tonfall und Gestik an, dass es sich um geheime Untersuchungen handle, an deren Zuverlässigkeit zu zweifeln unstatthaft wäre.

Dabei waren die kritischen Stimmen selten genug, denn alle Untersuchungen zur Kernenergie galten als geheim und waren den meisten Physikern, Chemikern und Ökologen nicht zugänglich. Parschinkow war einer der wenigen, die aufgrund ihrer Tätigkeit Zugang zu Reaktordaten hatten und die Emissionen berechnen konnten. Aber was nützt das? Seine besser informierten Opponenten erklärten einfach, dass sie über andere Strahlungswerte verfügten. Über welche anderen Werte? Auf welcher Grundlage wurden sie gewonnen? Weder Parschinkow noch sonst jemand von den Anwesenden erhielt darauf eine Antwort.



Vor der Katastrophe von Tschernobyl ist es in der Sowjetunion, von den dortigen Medien verschwiegen, schon zu mehreren AKW-Unfällen gekommen, die mindestens so gravierend waren wie der AKW-Unfall von Harrisburg.

Ähnliches, wenn auch nach einem anderen bürokratischen Schema, geschah auf dem Gebiet des Gewässerschutzes. Ebenfalls im Jahre 1978 wurde auf einer Sitzung der Gewässerschutzkommission der Akademie der Wissenschaften das Problem der Wasserzirkulation in dem in der Projektierung befindlichen AKW im Süden der Ukraine erörtert. Hydroprojekt, das für den «wasserseitigen Teil» des AKW verantwortliche Institut, erklärte sich mit einem geschlossenen System der Wasserkühlung nicht einverstanden. Das noch zu Beginn der 70er Jahre für die Ukraine beschlossene Naturschutzgesetz fordert eindeutig einen geschlossenen Kühlkreislauf (wie im Westen üblich) in allen Betrieben, die technisch dazu in der Lage sind. Die technischen Voraussetzungen waren in den AKW gegeben, doch das ukrainische Gesetz erstreckt sich nicht auf strategisch so wichtige Objekte wie die grossen Elektrizitätswerke. Diese haben einen exterritorialen Status.

Weder die Ukraine, Litauen noch andere Unionsrepubliken sind an der Projektierung neuer AKW beteiligt. Vom AKW in der südlichen Ukraine erfuhren die Odessaer Ökologen zufäl-

lig, als man bei ihnen um hydrologische Daten über das Flussgebiet des Bug nachsuchte...

Die Spezialisten protestierten. Das Ukrainische Naturschutzkomitee riskierte es, die Meinung der Experten in einem Schreiben an das Staatliche Plankomitee (Gosplan) zu unterstützen. Gosplan zog es vor, Hydroprojekt und dem dahinterstehenden Komitee für Atomenergie zu vertrauen und das offene Wasserkühlungssystem zu bestätigen. Die Folge war, dass am südlichen Bug später ein weiterer Stausee notwendig wurde. Weitere 2000 Hektar Schwarzerde wurden überflutet und ein weiterer ökologischer Problemkreis für heutige und künftige Generationen geschaffen.

Was konnten die sowjetischen Experten dem staatlichen Geheimhaltungsdiktat bezüglich der Konstruktion von AKW und deren Auswirkungen auf die Umwelt entgegensetzen?

Die Mehrheit der Wissenschaftler fand sich mit den Verboten der staatlichen Instanzen ab. Die Machthaber forderten Wohlverhalten und Verschwiegenheit selbst dann, wenn ein Wissenschaftler angesichts drohender Gefahren für die Gemeinschaft aus ethischen Gründen nicht schweigen dürfte.

Nach 1979 zeigten sich in den Aufsätzen und Reden der offiziellen Vertreter über Fragen der Atomenergie gewisse Veränderungen. Die Ursache dafür war in den Ereignissen zu suchen, die in Westeuropa und in den USA nach dem Reaktorunfall auf «Three Mile Island» abliefen.

In der Sowjetunion konnte von etwaigen Massenkundgebungen gegen die AKW überhaupt keine Rede sein. Selbst in den Wohngebieten von Gorkij und Woronesh, die an die Baustellen von AKW angrenzen, gibt es keine leerstehenden Wohnungen. Die Wohnraumnot tut das Ihrige.

Über die zahlreichen Fälle von Blutkrebs und Geburten missgebildeter Kinder von Seeleuten, die auf atomaren U-Booten dienten, wurde in der Presse niemals berichtet. Die Menschen wussten natürlich davon – von Verwandten und Bekannten. Doch erstens kennt keiner die Statistik, und keiner weiss, wie gefährlich die Strahlung auf den U-Booten ist, und zweitens kann man die in der Armee geltenden Normen nicht mit denjenigen vergleichen, die für die Bevölkerung festgelegt wurden.

Dennoch begannen mit dem Bau weiterer AKW in Grossstädten die Menschen mehr Fragen zur Radioaktivität zu stellen. In den Redaktionen der lokalen und der zentralen Presse gingen Hunderte von Briefen zu diesem Thema ein. In den Baltischen Republiken, wo die Menschen westliches Fernsehen empfangen können, kamen die deutschen «Grünen» in Mode, insbesondere unter der Jugend. Es entstanden Gruppen, die nicht nur auf ihren T-Shirts Aufschriften «Für eine Umwelt ohne Kernkraft» trugen, sondern auch Vorträge über Umweltprobleme und Wochenendeinsätze für den Naturschutz organisierten.

Die sowjetische Presse und das Fernsehen berichteten ständig über die Aktivitäten der westlichen Anhänger der atomaren Abrüstung, die bekanntlich auch scharf gegen die AKW protestierten. Letzten Endes haben auch einige sowjetische Bürger über die einfache Frage nachgedacht: Warum wohl haben die Deutschen und andere europäische Nationen soviel Angst vor den AKW? Und warum sollten diese AKW nur bei den Kapitalisten gefährlich sein und bei uns nicht?

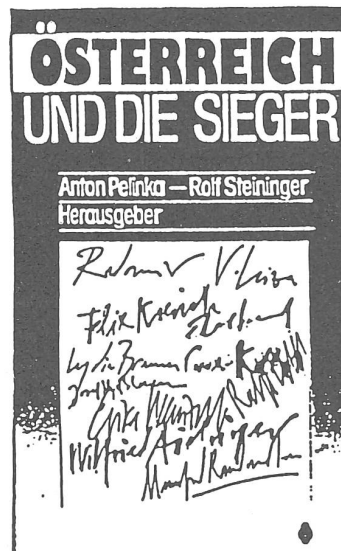
Seit Beginn der 80er Jahre haben die sowjetische Presse und das Fernsehen ihre Propaganda zum Thema der Atomenergie deutlich verstärkt. In die Kampagne wurde der Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, A. P. Alexandrow, einbezogen. 1983 und 1984 erschienen unter seiner Redaktion zwei Ausgaben des Buches «Kernenergie, Mensch und Umwelt».

«Eine der Strahlenschutzmassnahmen», so schrieben die Autoren des Buches, «besteht darin, dass die an die Umwelt abgegebene Strahlung auf das niedrigstmögliche Niveau gesenkt worden ist.»

Eine Definition dessen, was unter einem «niedrigen Niveau» und einem «niedrigstmöglichen Niveau» zu verstehen ist, gaben die Autoren nicht. Erst nach dem Desaster in Tschernobyl wurden in der sowjetischen Presse zum ersten Mal zulässige Strahlungsgrenzwerte veröffentlicht: 500 Millirem im Laufe eines Jahres für die Bevölkerung und 5,0 rem für alle in den AKW Beschäftigten. Lassen wir dahingestellt, dass die Strahlenbelastungsnormen für AKW-Beschäftigte an der oberen Grenze der von der Internationalen Atomenergiebehörde als zulässig genannten Werte liegen; lassen wir auch dahingestellt, dass die sowjetische Presse die Grenzwerte der radioaktiven Strahlung nur unvollständig veröffentlicht hat. Wichtig ist hier die Konzeption, derzufolge 0,5 rem (500 mrem) als Sicherheitsnorm für die Bevölkerung gelten. In den Vereinigten Staaten darf der nächste AKW-Anrainer einer Strahlendosis von nicht mehr als 8 mrem über die normale natürliche Radioaktivität hinaus ausgesetzt sein.

Aus welchem Grunde, aufgrund welcher Untersuchungen glauben die sowjetischen Mediziner, dass 500 mrem für den Menschen und dessen Nachkommen ungefährlich seien?

WILHELM BRAUMÜLLER
Universitäts-Verlagsbuchhandlung GmbH.
A-1092 Wien · Servitengasse 5



**ZEITGESCHICHTLICHE
LITERATUR**

1986, 221 Seiten, öS 280.—, DM 40.—.
ISBN 3 7003 0681 4

Die hier in überarbeiteter Form vorliegenden Vorträge, gehalten an der Universität Innsbruck im Mai bzw. Juni 1985, stellen einen zeitgeschichtlichen Beitrag zur Republikwerdung Österreichs dar, welcher das Jahr 1985 gewidmet war (40 Jahre Republik, 30 Jahre Staatsvertrag). Exemplarisch für ganz Österreich wird hier gezeigt, wie damals das Bewusstsein eines geistigen und materiellen Nullpunktes die Hoffnung befruchtete, aus den Trümmern des Faschismus ein neues und besseres Österreich aufzubauen.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen!

Die hohe Norm von 500 mrem gibt den sowjetischen Machthabern die «wissenschaftliche» Grundlage für den Bau weiterer AKW in der Nähe von Grossstädten. Gegenwärtig sind kleinere AKW im Weichbild von Gorkij und Woronesh sowie ein grosses AKW für die Strom- und Wärmeversorgung 20 Kilometer von Odessa entfernt im Bau. Bei der Suche nach einer Erklärung für die hohen Grenzwerte ist meiner Meinung nach danach zu fragen, wer sie aufgestellt hat und wie sie ermittelt wurden.

Die Strahlengrenzwerte für die Bevölkerung zu senken ist kein Problem, weil dies völlig in der Hand des Staates liegt. Eine Senkung der zulässigen Strahlenbelastung verringert jedoch in keiner Weise das Risiko für die Bevölkerung im Falle eines Unglücksfalls.

Bereits jetzt leben viele Millionen Menschen in unmittelbarer Nähe von vierzehn grossen sowjetischen Kernkraftwerken. Setzt man nur ein Gebiet mit einem Radius von 30 Kilometern an, wo im Falle von Tschernobyl die radioaktive Strahlung sehr hoch anstieg, so wären nicht weniger als 25 Millionen Menschen betroffen.

Von einer Evakuierung so vieler Menschen kann keine Rede sein. Ebenso wenig von einer Schliessung der AKW. Die in den Kernkraftwerken erzeugte Elektrizität spielt in der weiteren Entwicklung der sowjetischen Volkswirtschaft eine Schlüsselrolle. Erinnern wir uns daran, dass die Sowjetunion gegenwärtig grosse Anstrengungen unternimmt, die Erdölförderung nicht absinken zu lassen. In einigen Jahren aber wird sie ganz sicher rückläufig sein. In der Erdgasindustrie machen sich die ersten Anzeichen einer baldigen Erschöpfung der Ressourcen bemerkbar.

Die einzige Alternative zu den Kernkraftwerken könnten unter sowjetischen Bedingungen die Kohlekraftwerke sein. Die Nutzung der riesigen Kohlevorkommen in Kasachstan und Sibirien für die Stromerzeugung stiess allerdings sowohl in technischer als auch ökologischer Hinsicht auf die grössten Schwierigkeiten. Für eine effektive Reinigung der Emissionen in den Kraftwerken, die dort geplant und zum Teil bereits in Betrieb sind, werden Systeme erforderlich sein, deren Kosten bei etwa 45 Prozent und mehr der Gesamtkosten liegen werden. Ohne diese Reinigung wird der «saure Regen», der einstweilen nur kleinere Landesgebiete bedroht, zu einer Gefahr für einen bedeutenden Teil Südsibiriens und möglicherweise auch für den nördlichen Teil der Mongolei und Chinas werden.

Versuche zur Entwicklung neuer Technologien der Kohleverarbeitung, z. B. der Herstellung von Flüssigbrennstoff, die zu einer geringeren Umweltbelastung führen würden, brachten bisher noch keine Resultate. So bleibt der Tatbestand, dass auch die Kohle die AKW nicht einmal teilweise ersetzen kann.

Die Sowjetunion befindet sich in einer Situation, in der die Interessen der Industrie und der anderen Wirtschaftszweige sie zwingen, die vorhandenen Atomanlagen maximal zu nutzen

und ohne Zeitverzug weitere AKW in Betrieb zu nehmen. Schon die zeitweilige Stilllegung eines AKW zwecks Umrüstung oder Komplettierung der Sicherheitssysteme wird für die Wirtschaft des zentralen Teils des Landes zu einem ernsthaften Problem.

Technisch wäre, wie schon erwähnt, die Schaffung zuverlässigerer Sicherheitssysteme und die Auswechslung der minderwertigen Ausrüstung durchaus durchführbar, in finanzieller Hinsicht aber erfordert die Einhaltung internationaler Sicherheitsstandards in den sowjetischen AKW riesige Mittel. Woher soll der Staat sie nehmen, zu Lasten welcher anderer Etats?

Wenn aber die Bereitstellung der erforderlichen Mittel sehr verzögert und über viele Jahre hinzieht, wer kann dann sagen, wieviel Zeit uns der Zufall noch lässt bis zum nächsten GAU in den Dimensionen von Tschernobyl?

Alltag drüben

Ohne Reklame geht die Moskauer Autoreparaturwerkstatt von Nikolai glänzend. Er versteht es, aus seinem Privatunternehmen Geld zu machen, das heisst «na ljewo» zu verdienen. Diese Nebenverdienste sind möglich, da es nicht genügend staatliche Werkstätten gibt.

Nach offiziellen Angaben waren in der Sowjetunion Ende 1982 rund neun Millionen Privatautos registriert. Ein Vertreter der Autoindustrie sagt dazu, man produziere zwar jährlich 750 Neuwagen, aber nur 38% der Autos, die repariert werden müssten, kämen in den staatlichen Werkstätten unter. Die meisten Autobesitzer sind deshalb auf Leute wie Nikolai angewiesen. In einer Staatswerkstatt sind zudem die Wartezeiten zu gross. Auch an Ersatzteilen mangelt es. Sie werden in ungenügender Anzahl produziert und verschwinden dann meist noch auf dem Schwarzen Markt. Von geparkten Autos werden oft die Seitenspiegel, Radioantennen oder Scheibenwischer abmontiert. Auch der Ersatz solch kleiner Teile ist schwierig. Dazu kommt noch, dass die Staatswerkstätten zu schlecht arbeiten. Die Mechaniker wollen ein paar Rubelchen oder eine Flasche Wodka sehen, ehe sie mit der Arbeit beginnen.

Mechaniker wie Nikolai bieten den Autobesitzern eine Alternative, die immer mehr in Anspruch genommen wird. Privatwerkstätten wie die von Nikolai sind zwar gegen das Gesetz, werden aber von den Behörden geduldet. Einige sowjetische Funktionäre treten seit langer Zeit für die Legalisierung von privaten Mechanikern ein. Man beruft sich dabei auf das Beispiel Ungarn, wo Reparaturen auf privater Basis vorgenommen werden. In den drei baltischen Sowjetrepubliken arbeiten private Werkstätten legal.

ZETBILD

erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck Zeitbild 30-24616-5, Banken:
Spar+Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland

Jahresabonnement Fr. 48.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28.—
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 53.—/DM 64.—/
Luftpost sFr. 58.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler sFr. 33.—/DM 40.—
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 63.—

Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Prof. Dr. Laszlo Revesz, Dr. Max Keller,
Ian Tickle, Saulo Herrero, Georg Bruderer,
Jürg L. Steinacher, Jacques Baumgartner,
Michael Bader, Ulrich Arnd, Dr. Jerzy Bahr

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 11

Druck und Versand

Hallwag AG Bern,
Nordring 4, 3001 Bern

Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information
über internationale Entwicklungen

Weitere SOI-Informationsträger

Etudes politiques (Monatszeitung)
SOI-Bilanz
(monatl. Kurzanalyse
der internationalen Lage)
Swiss Press Review and News Report
(Artikel für die Presse Asien und Afrika)
Revue de la Presse Suisse — Informations —
Commentaires (Artikel für die Presse
Afrika)
Revista de la Prensa Suiza y Noticiario
(Artikel für die Presse Lateinamerika)
Nashrat as-Sahafa as-Swisseria
(Artikel für die arabische Presse)
Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI
Vortragsdienst
Buchhandlung SOI
Verlag SOI (Taschenbuchreihe TM
Tatsachen und Meinungen)